

KL

vertraulich

Bereich Volkswirtschaft

D/21.10.1991

Rechtsabteilung

23. OKT. 1991

1.5.614

Bilaterale Gespräche zum IWF-Beitritt der Schweiz

In Anbetracht der Beitrittsunsicherheit (Referendum) konnte die Gelegenheit zu vertieften Gesprächen über die Bildung einer Ländergruppe anlässlich der IWF-Jahresversammlung nicht genutzt werden. Es wurden jedoch einige Sondierungsgespräche zur Klärung der Ausgangslage geführt. Als erstes orientierte BR Stich in Begleitung von Herrn Lusser und Mitarbeitern Herrn Camdessus über den Stand der schweizerischen Beitrittsvorbereitungen. Anschliessend wurden die Vertreter Polens, der UdSSR, Litauens und Albaniens aufgesucht. Vertreter des Bundes führten ausserdem ein Gespräch mit der Delegation Südafrikas.

1. Polen (14.10.1991)

Polnische Delegation: Herren Kawalec (Stellv. Finanzminister) und Mitarbeiter

Schweizerische Delegation: Herren BR Stich, Lusser, Blankart, Gygi, Lautenberg, Ith und Frau Dubois

Minister Kawalec schildert einleitend die wirtschaftliche Lage Polens, weist auf Erfolge bei der Liberalisierung hin und betont die Wichtigkeit der Oeffnung westlicher Märkte für polnische Exporte.

Er macht auf "Debt for nature"-Swaps, die im Rahmen der Umschuldungen des Pariser Klubs auf bilateraler Basis angeboten werden sollen, aufmerksam. Für solche Swaps sollen 10% des Umschuldungsbetrags eingesetzt werden. Weitere Vorbereitungen werden Anfang 1992 im Rahmen der BERD getroffen werden.

Ein zweiter Punkt betrifft die Umschuldungsverhandlungen mit den Banken, die festgefahren sind. Polen sei nur bereit, die bestehenden Zinsrückstände abzubauen, wenn eine umfassende Lösung der Schuldenentlastung gefunden werden könne. Als Zeichen des guten Willens wurden bisher Zinsrückstände in Höhe von 94 Mio. Dollar abgetragen, was die Haltung der Banken allerdings nicht geändert habe. Die getrübbten Beziehungen Polens zu den Banken bremsen den Reformprozess.

BR Stich weist in seiner Stellungnahme vor allem auf die finanziellen Leistungen der schweizerischen Regierung zu Gunsten Polens hin.

Auf Anfrage von BR Stich, bestätigt Herr Kawalec, dass Polen um eine einjährige Verlängerung des Stabilisierungsfonds-Abkommens ersuchen wird. Die Mittel wurden bisher nicht beansprucht, dienen jedoch als Reserve.

Am Schluss des Gespräches drückt BR Stich die Hoffnung aus, dass die Schweiz im Hinblick auf die Bildung einer Ländergruppe im IWF mit Polen in Kontakt bleiben könne. Sein Gesprächspartner geht nicht darauf ein und äussert sich wohlwollend zu einem schweizerischen IWF-Beitritt.

2. Litauen (14.10.1991)

Litauische Delegation: Herren Vagnorius (Premierminister), ein Begleiter sowie Herr Du Denas (US-Finanzexperte litauischen Ursprungs)

Schweizerische Delegation: Herren BR Stich, Klauser, Gygi, Lautenberg und Frau Dubois

Der Premierminister Litauens ersucht die Schweiz um Gewährung technischer Hilfe beim Aufbau des Bankensystems und gesteht ihr dabei Priorität zu. Litauen möchte der EFTA so rasch wie möglich beitreten und erkundigt sich nach den Einzelheiten des Beitrittsverfahrens, insbesondere nach dessen Dauer. Der Premierminister lässt sich das kürzlich mit der Schweiz unterzeichnete Investitionsschutzabkommen erklären und bekräftigt das Interesse Litauens an Kooperation und Handel mit der Schweiz.

In einer ersten Reformphase will Litauen bis November die Preisbildung liberalisieren. Im August wurde mit der Vorbereitung von Gesetzen im Bereiche des Unternehmens- und des Steuerrechts sowie der Sozialgesetzgebung begonnen. Litauen, dessen Aussenhandel bisher fast ausschliesslich auf die Sowjetunion ausgerichtet war, ist über die chaotischen Entwicklungen in diesem Land und über die wachsenden Schwierigkeiten der Zusammenarbeit sehr besorgt. Die Entwicklung in der Sowjetunion sei ausser Kontrolle. Um nicht zwischen Stuhl und Bank zu fallen, soll die Zusammenarbeit mit Westeuropa so rasch wie möglich gefestigt werden.

Die Frage von BR Stich nach den Absichten im Hinblick auf die IWF-Ländergruppe beantwortet der Premierminister, indem er auf den Unterschied zwischen einer Situation mit 22 oder 23 Exekutivdirektorensitzen hinweist.

3. UdSSR (14.10.1991)

Sowjetische Delegation: Stellvertr. Finanzminister von Kirgisien und Kasachstan, Herren Obmandsky (stellvertr. Aussenminister der Republik Russland), Bogomolov (Berater) und Geraschenko (Präsident der sowjetischen Staatsbank)

Schweizerische Delegation: Herren BR Stich, Lusser, Klauser, Gygi, Lautenberg, Kaeser und Ith

Beim Besuch bei der sowjetischen Delegation ging es angesichts der Unsicherheit über die künftigen politischen Strukturen vor allem um eine erste Kontaktnahme. Die Ausführungen zur Lage in der Sowjetunion gingen nicht über diejenigen Jawlinskis (Stellv. Vorsitzender der nationalen Wirtschaftskommission) im Interimsausschuss hinaus, über die an anderer Stelle berichtet wird.

4. Albanien (16.10.1991)

Albanische Delegation: Finanzminister Ruli und Begleiter

Schweizerische Delegation: Herren Lautenberg, Kaeser, Gerber und Frau Dubois

In Albanien, das zu den ärmsten Ländern zählt, arbeiten noch zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Infolge des Bürgerkriegs ist gegenwärtig die Hälfte der Bevölkerung arbeitslos, und die Wirtschaft steht praktisch still. Der Landbesitz wird zur Zeit privatisiert, nachdem die Preisbildung im Agrarbereich bereits liberalisiert wurde. Andere wichtige Preise wurden an die Knappheitsverhältnisse angepasst (Benzin +400%, Elektrizität +300% usw.). Als nächstes sollen die Reform des Handelsregimes und der Aufbau eines Handelssystems an die Hand genommen werden.

Albanien erhält von verschiedener Seite Angebote für technische Hilfe und will der G-24 Priorität einräumen. Die Gruppe beabsichtigt, Zahlungsbilanzhilfe in Form eines Ueberbrückungskredits von 200 Mio. Dollar zu gewähren. Er soll von einem Stand-By-Kreditabkommen mit dem IWF abgelöst werden. Ausserdem

hat Italien Albanien eine Kredit von 16 Mrd. Lire angeboten. Die Aussenschuld Albanien beträgt 430 Mio. Dollar.

Albanien unterzeichnete das IWF-Uebereinkommen am Vortag und wird sich der italienischen Ländergruppe anschliessen.

5. Südafrika (vertraulich)

Wie ich auf Anfrage und auf vertraulicher Basis von einem Vertreter des Bundes erfahren habe, besteht zwar grundsätzlich ein Interesse Südafrikas an einer gemeinsamen Ländergruppe mit der Schweiz. Die Frage ist jedoch für Südafrika sehr heikel, da der African National Congress (ANC) eine rassenunabhängige Partei werden und seine Basis ausdehnen möchte. Es wird befürchtet, dass eine Verbindung mit der Schweiz auf den Widerstand des ANC stossen und sich für Südafrika innenpolitisch kontraproduktiv auswirken könnte.

Fazit

Die Länder, mit denen Kontakt aufgenommen wurde, geben keine Hinweise auf die Zusammensetzung der Ländergruppe, sondern Elemente für die Ausarbeitung eines Konzepts. Die Gespräche haben wohl definitiv gezeigt, dass Südafrika und Albanien nicht mehr in Betracht zu ziehen sind.

geht z.K. an: Direktorium, Stellvertreter, F, WA
PM/MAH/CBR